

Mittwoch (Nachmittag), 23. November 2016

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

45 2016.RRGR.615 Postulat 121-2016 Grüne (de Meuron, Thun)
Abfall vermeiden und Ressourcen schonen - Handlungsfelder zur Vermeidung von
Kunststoffabfällen aufzeigen!

Vorstoss-Nr.: 121-2016
 Vorstossart: Postulat
 Eingereicht am: 07.06.2016
 Eingereicht von: Grüne (de Meuron, Thun) (Sprecher/in)
 Weitere Unterschriften: 10
 RRB-Nr.: 1135/2016 vom 19. Oktober 2016
 Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Abfall vermeiden und Ressourcen schonen – Handlungsfelder zur Vermeidung von Kunststoffabfällen aufzeigen!

Der Regierungsrat wird beauftragt abzuklären, ob und wie im Kanton Bern eine Reduktion von Kunststoffabfällen bewirkt werden kann.

Begründung:

Zur Herstellung von Kunststoff werden Energie und Erdöl, eine begrenzte ausländische Ressource, benötigt, und bei der Verbrennung entsteht CO₂. Kunststoff-Recycling ist darum ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung und CO₂-Reduktion. Es gibt verschiedene Kunststoffarten, ein Teil davon ist PET.

PET-Recycling hat sich etabliert und macht rund die Hälfte der wiederaufbereiteten Kunststoffabfälle aus. Das dürfe an den vorgezogenen Recyclingbeiträgen liegen, dank denen alle PET-Getränkeflaschen kostenlos an den PET-Sammelstellen zurückgeben werden können.

Anders sieht es bei den anderen Kunststoffarten aus, dort ist das Recyclingthema komplexer. Leider wird aktuell noch ein Grossteil der gesammelten Kunststoffabfälle verbrannt und nicht recycelt, da die Gemischtsammlung die Qualität reduziert und ein Grossteil der so gesammelten Mengen nicht rezyklierbar ist. Kunststoffrecycling bedeutet zudem einen hohen Energieaufwand, vor allem wenn die Sammelgüter auf Grund fehlender Recyclinganlagen in der Nähe noch weit transportiert werden müssen.

Politisch sollte darum primär auf die Abfallvermeidung gesetzt werden. In Deutschland wird das sogenannte duale Modell als Erfolg gefeiert. Es verpflichtet die Wirtschaft, in Umlauf gebrachte Verpackungen nach Gebrauch zurückzunehmen und bei deren Entsorgung mitzuwirken. Das hatte in Deutschland einen Abfallrückgang zur Folge. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was der Kanton Bern tun kann, damit die Kunststoffabfallmenge reduziert werden kann. Analog der Regelung beim PET-Recycling ist es wünschbar, dass auf Kantonsebene die Grossverteiler dazu verpflichtet werden, Massnahmen zur Vermeidung von Kunststoffabfall zu ergreifen und entsprechende Recycling-Strukturen mitzufinanzieren.

Vorstoss-Nr.: 122-2016
 Vorstossart: Postulat
 Eingereicht am: 07.06.2016
 Eingereicht von: Grüne (de Meuron, Thun) (Sprecher/in)
 Weitere Unterschriften: 9
 RRB-Nr.: 1135/2016 vom 19. Oktober 2016

Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Begrenzte Ressourcen schonen und CO₂-Emissionen reduzieren – Förderung von Kunststoffrecycling mit positiver Ökobilanz

Der Regierungsrat wird beauftragt abzuklären, ob und wie im Kanton Bern das Sammeln und Recyceln von Kunststoff gefördert werden kann.

Begründung:

Die Pro-Kopf-Menge Kunststoffabfall ist in der Schweiz höher als in Amerika. In der Schweiz werden heute nur rund 11 Prozent der jährlich anfallenden Kunststoffabfälle wieder als Kunststoff aufbereitet. Mehr als die Hälfte davon macht alleine das PET-Recycling aus. In Deutschland etwa liegt der Wert gemäss Umweltbundesamt wesentlich höher, bei 42 Prozent. In der Schweiz werden jährlich rund 90 000 Tonnen recycelt. Das meiste davon sind PET und Industriekunststoffe. Das Potential ist weitaus höher, es könnten pro Jahr theoretisch 240 000 Tonnen Kunststoff gesammelt werden.

Anders als beim PET ist bei anderen Kunststoffen das Recycling technisch viel schwieriger, weil Plastik gerade aus Haushalten nicht sortenrein ist. Die Kunststoffart und das Sammelsystem beeinflussen das Ergebnis der Ökobilanz beim Recyceln. Es gibt positive Beispiele, wo Kunststoffe in der Schweiz gesammelt und wiederverwertet – und Arbeitsplätze geschaffen werden (www.kunststoffsammelsack.ch). Gesammelter Kunststoff wird teilweise auch verbrannt. Auch zeigt sich, dass jede Gemeinde anders mit dem Thema Kunststoffsammeln umgeht. Entweder werden eigene Sammelsysteme unterhalten oder dies wird durch die Verkaufsstellen gemacht. Grossmehrheitlich wird aber gar nichts getan.

Im Vergleich zu den Recycling-Strukturen anderer europäischer Länder ist die Schweiz im Rückstand. Wenn man das Recycling in der Schweiz sukzessive ausbauen würde, könnte in Zukunft auf den Neubau von Kehrrichtverwertungsanlagen (KVA) verzichtet werden. Eine Recyclinganlage ist zudem halb so teuer wie eine neue KVA, die dieselbe Menge Kunststoff verarbeitet. Mit dem Recycling erhöht man ausserdem die Wertschöpfung und vermindert den CO₂-Ausstoss. Im Thurgau wird zurzeit mit dem KUH-Bag ein Versuch durchgeführt, der von der EMPA begleitet wird. Aus diesem Versuch dürften neue Zahlen zum stofflichen Verwertungspotenzial resultieren, die eine abschliessende Beurteilung der Gemischtsammlung zulassen. Mit dem KUH-Bag werden die CO₂-Emissionen reduziert, und mindestens 50 Prozent des gesammelten Kunststoffs werden in den Recyclingkreislauf zurückgeführt. Je nach Erkenntnis des Versuchs mit dem KUH-Bag im Kanton Thurgau könnte dieses Sammelkonzept auch im Kanton Bern umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie das Recycling von Kunststoff im Kanton Bern unter Berücksichtigung einer positiven Ökobilanz gefördert werden kann.

Gemeinsame Antwort des Regierungsrats

Kunststoffverpackungen sind bei vielen Produkten ein unentbehrliches Hilfsmittel, um den Schutz des Produktes vor Qualitätseinbussen und Beschädigungen während der gesamten Transportkette vom Produzenten bis zum Konsumenten zu gewährleisten. Die Entsorgung dieser und anderer Kunststoffabfälle ist in der Tat ein Problem, für das jedoch eine gesamtschweizerische Lösung gefunden werden muss. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat daher u. a. zusammen mit den Initianten des Kunststoff-Sammelsacks im Rahmen des Fachgremiums «Runder Tisch Kunststoff» den Umgang mit Kunststoffen detailliert untersucht.

Der Schlussbericht des Runden Tisches aus dem Jahr 2013 zeigt auf, dass nur ein kleiner Teil der in Schweizer Haushalten anfallenden Kunststoffabfälle recycelt werden kann. Dazu gehören die hochwertigen Kunststoffe aus PET-Getränkeflaschen, Kunststoffflaschen sowie Elektro- und Elektronikgeräte, für die bereits heute separate Sammlungen bestehen. Bei den restlichen Kunststoffabfällen aus Haushaltungen handelt es sich um heterogenes Sammelgut aus sehr unterschiedlichen Kunststoffen, die nicht recycelbar sind. Sie werden verbrannt, selbst dann, wenn sie in einem kostenpflichtigen Kunststoff-Sammelsack gesammelt werden. Diese gängige Praxis wird vom BAFU und den Fachleuten unterstützt, da diese minderwertigen Kunststoffe sich qualitativ nicht als wiederverwertbare Materialien eignen.

Zu 121-2016:

Der Regierungsrat hat Verständnis für das Anliegen, ist bereit das Postulat entgegenzunehmen und die Reduktion von Kunststoffabfällen im Rahmen seiner Möglichkeiten und Kompetenzen zu unter-

stützen. Der Kanton Bern kann hierbei jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Gefordert ist in erster Linie der Bund, zusammen mit dem Gewerbe und der Industrie geeignete Massnahmen einzuleiten. So bieten beispielsweise die Grossverteiler Migros und Coop seit 2013 auf freiwilliger Basis ein Sammelsystem für die Verwertung bestimmter Kunststoffverpackungen an, sogenannte Hohlkörper. Der Bund plant, diese sinnvolle Ergänzung des bestehenden Recyclingangebots weiter zu fördern und zu unterstützen.

Was die Abfallvermeidung betrifft, existiert derzeit keine konkrete Strategie für die Schweiz. Der Bund wird im Rahmen eines Prüfauftrages die Potenziale insbesondere in der Produktion und im Konsum ausloten und die Erarbeitung eines Abfallvermeidungsprogramms analog zur EU prüfen. Auf kantonaler Ebene werden im kantonalen Sachplan Abfall, der derzeit überarbeitet wird, weitere Massnahmen zur direkten und indirekten Abfallvermeidung für die kommenden Jahre formuliert. Vorgesehen ist u. a. die Förderung der Sammlung sortenreiner Kunststoffe aus Industrie- und Gewerbebetrieben.

Zu 122-2016:

Der Regierungsrat ist sich des Problems bewusst und hat den Handlungsbedarf erkannt. Die Einführung von gemischten Kunststoffsammlungen aus Haushalten ist nach heutigem Wissensstand jedoch nicht zielführend. Gemischtsammlungen erhöhen die Querverschmutzungen und damit die Kosten der Aufbereitung der bestehenden Separatsammlungen.

Der erwähnte Versuch im Kanton Thurgau wird im Kanton Bern aber mit grossem Interesse verfolgt. Nach der zweijährigen Pilotphase wird sich zeigen, ob aus der gemischten Kunststoffsammlung eine positive Ökobilanz resultiert. Der Regierungsrat hält daher die Einleitung von entsprechenden Massnahmen im Kanton Bern zum heutigen Zeitpunkt für verfrüht, ist aber bereit das Postulat entgegenzunehmen und mögliche Lösungsansätze zu gegebener Zeit zu prüfen.

Gemeinsame Beratung siehe 2016.RRGR.616